

IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG!

Unter diesem Motto fand am 13. November 2023 um 19:00 Uhr eine offene Distriktversammlung der SPD Groß Borstel im Vereinshaus des SV Groß Borstel statt.

Das Ziel der Veranstaltung war, die Teilnehmenden zu ermuntern, ihre Meinung zu sagen zu den aktuellen Herausforderungen für unsere Demokratie und sozialdemokratische Politik. Wir wollten ihre Vorstellungen und Ideen hören, wie sich Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Frieden erhalten lassen.

Margrit Springhorn, Vorstandsmitglied der SPD Groß Borstel, und Sybille Schmidt, SPD-Mitglied in Groß Borstel, moderierten den Abend. Margrit begrüßte die zahlreich erschienen Gäste, neben SPD-Mitgliedern und Mitgliedern des Kommunalvereins vor allem viele Groß Borsteler und Groß Borstelerinnen, die an einem regen Austausch der Meinungen interessiert waren.

Als Gastredner war **Dirk Kienschurf** geladen, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, der sich von der Lokation sehr angetan zeigte, denn sie weckte bei ihm sofort Erinnerungen an seine sportliche Jugend in Groß Borstel. Nachdem Dirk zunächst über die z. Zt. wichtigsten Themen in der Fraktion und die Ziele für das kommende Jahr berichtet hatte, bedurfte es keiner großen Ermunterung an die Anwesenden sich zu äußern.

Der nun folgende Austausch der Meinungen war vor allem geprägt von den Auswirkungen der Kriegssituation in Nahost und der Ukraine auf uns hier vor Ort. Vieles kam zur Sprache: Ärger über das Bürgergeld für geflüchtete Menschen, das Problem ihrer Unterbringung, warum Geflüchtete nicht oder nur bedingt arbeiten können oder sogar nicht wollen, unschöne Veränderungen in manchen Stadtteilen, Fachkräftemangel, Kommunikationsprobleme und gravierende Bürokratiehindernisse für eine Integration.

In der intensiven und kontrovers geführten Diskussion zeigte sich der Referent sehr interessiert an den Meinungen der Anwesenden und machte deutlich, dass die Stadt sich nicht nur all dieser Punkte bewusst sei, sondern auch bereits viele konkrete Maßnahmen ergriffen und Entscheidungen gefällt habe und Weiteres in Planung sei. Neben vielen wertvollen Sachinformationen aus der Arbeit der Bürgerschaft brachte er den Anwesenden auch die Zusammenarbeit in der Koalition und parteiübergreifend in der Bürgerschaft nahe. Über die Fraktionsvorsitzenden geht der Weg zu den anderen Parteien. Anders als im Bundestag werden auch Gesetze parteiübergreifend besprochen, ehe sie in die Bürgerschaft gehen. In Hamburg geht ein Gesetz erst dann in die Bürgerschaft, wenn es beschlussfähig ist und wird dort nicht noch überarbeitet.

Im Einzelnen sei z.B. das Bürgergeld allein - zu viel oder zu wenig gezahlt – nicht die Lösung des Problems, denn Geld sei nicht alles. Vor allem sei ordentliche Unterbringung und Arbeit wichtig. Hamburg investiere langfristig enorme Summen in den Wohnungsbau, der eben nicht nur für Geflüchtete, sondern für alle Bürger da sei, prüfe

überall mögliche Liegenschaften. Wichtig sei auch der Verteilungsschlüssel für Geflüchtete. In Großstädten gebe es nun einmal Gegenden, wo die Bevölkerung nicht gern Geflüchtete um sich habe. Das erhöhe den Druck auf andere Gebiete. Da müsse dann „mit Geschick“ agiert werden, was teilweise auch gelungen sei. Auch prozentuale Zuzugsbeschränkungen für bestimmte Gebiete, evtl. verbunden mit Anreizen, in anderen Stadtteilen unterzukommen, sei als Mittel zu diskutieren, um beispielsweise Parallelgesellschaften zu erschweren. Es gehörten auch Entscheidungen dazu, wie z.B., dass man in Hamburg keine Sporthallen mehr nutzen werde für die Unterbringung von Geflüchteten. Zur Not werde es eben Zelte geben. Fest stehe auch, dass nur verteilt werden kann, was erwirtschaftet wurde. Daher sei der Umbau der Wirtschaft und des Energiebereichs enorm wichtig. Die Wirtschaft brauche schnell klare Vorgaben und Entscheidungen, damit sie die Investitionen für die zu erwartenden Veränderungen in den nächsten 10 Jahren **jetzt** machen kann. Auch Bildung und Schulplanung hätten oberste Priorität, wenn Integration halbwegs gelingen soll, denn es kämen nicht nur gut ausgebildete Menschen zu uns.

Zu der Kritik von einigen Teilnehmenden an der zu langsamen Umsetzung von Maßnahmen und den negativen Veränderungen in manchen Stadtteilen, wo „man sich fast nicht mehr zu Hause fühlen könne“ erklärte Dirk Kienscherf, dass Probleme, die über die Jahre zwar gesehen, aber nicht angegangen wurden, nicht in kurzer Zeit zu beheben seien, zumal die Migration ein weltweiteres Problem in der Entwicklung von Gesellschaften ist, das nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa und Amerika betrifft. Der Senat und auch die Bundesregierung arbeite mit Hochdruck daran, dieses Problem durch ein ganzes Bündel von zusammenwirkenden Maßnahmen so zu handhaben, dass wir damit umgehen und vernünftig leben können. Die Ansicht, dass wir das Problem nicht werden lösen, sondern bestenfalls „handeln“ können, wurde von vielen der Teilnehmenden geteilt. Es sei eine Tatsache, meinte der Referent, dass sich Gesellschaften entwickeln und verändern über die Jahre. Man könne nun mal nicht in den Stand von vor 10 oder 20 Jahren zurück. Natürlich bedeute Heimat für jeden etwas anderes. Für damalige Gastarbeiter z. B. blieb die Heimat oft das Land, aus dem sie zu uns kamen, aber für viele ihrer Kinder und Enkel wurde Deutschland zur Heimat, wie ein Teilnehmer sagte, wurde „Zuhause“, und sie trugen und tragen zur Vielfalt unserer Kultur bei. Bei den anstehenden Schwierigkeiten sei vor allem ein respekt- und achtungsvoller Umgang miteinander notwendig, meinte Dirk Kienscherf, wenn nötig, auch Maßnahmen der Zurückweisung, nicht zuletzt aber auch Abbau vieler Bürokratiehürden, damit z. B. Fachkräfte, die wir dringend brauchen, nicht lieber nach Kanada gehen, wo es mit der Integration viel schneller geht.

Zum Schluss bemerkte ein Teilnehmer, dass er vor allem die Gefahr sehe, dass die AfD von all diesen Schwierigkeiten profitiert und sich unsere demokratische Gesellschaft dadurch zum Negativen verändere. Das sei genau der Grund, weshalb wir so eine Veranstaltung – und auch weitere Veranstaltungen – organisieren, antwortete Sybille Schmidt. Denn wir wollen mit den Menschen im Gespräch bleiben, um unsere demokratische Gesellschaft zu erhalten und sie nicht von Populisten oder sogar Nazis verändern zu lassen. Dazu gehöre es, sich immer wieder an die Arbeit zu

machen, Probleme zu benennen und deren Lösung in Angriff zu nehmen. Auch Dirk Kienscherf antwortete, dass man sich darüber klar sein müsse, dass die AfD wirklich gefährlich sei, weil sie unsere parlamentarische Demokratie auslöschen und durch eine völlig andere Gesellschaft ersetzen will. In so einer Gesellschaft möchte er nicht leben. Margrit Springhorn merkte an, dass der viel beschworene Schulterchluss der Demokraten sich leider mitunter bröckelig zeige, wenn manche CDU-Mitglieder nichts dabei finden, in Sachfragen gelegentlich zusammen mit der AfD zu stimmen.

Die lebhafteste Diskussion hätte noch gut weiter gehen können, doch nach etwa zwei Stunden wurde es für Dirk Kienscherf Zeit aufzubrechen, da er noch einen weiteren Termin hatte. Margrit Springhorn bedankte sich herzlich bei ihm und allen Teilnehmenden für die vielen Beiträge und Erläuterungen, die deutlich machten, dass noch viel Arbeit auf uns Demokraten wartet, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Der eine oder andere Gast diskutierte bei einem Bier am Tresen des Gastzimmers noch eine ganze Weile weiter.

Sybille Schmidt